

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verlagsnummer: 25 241  
Nur für Nachzügler: 20 011

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. November 1927 bei idg. zweimaliger Aufstellung frei Haus 1.50 Mk. (Postgebühren für Monat November 3 Mark ohne Postaufschlaggebühren, Einzelnummer 10 Pfennig.)  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Holzmass berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengrübe ohne Rabatt 15 Pfg., auswärts 25 Pfg., die 30 mm breite Reklameweile 200 Pfg., auswärts 250 Pfg., Übersetzung 30 Pfg., Ausm., Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Marienstraße 38/42  
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden  
Postfach-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Jeden Nachmittag **Tanztee**  
Täglich abends zwangloser **Gesellschaftstanz**  
Säle für Festlichkeiten und Konferenzen

## EUROPAHOF

Jeden Sonnabend  
**Gesellschaftsabend**

# Coolidge mit Brittwik einverstanden.

### Vor der Ernennung des neuen Botschafters. — Das Heintel-Flugzeug auf den Azoren.

#### Das Agreement für Brittwik.

(Durch Funkdruck.)

Washington, 4. Nov. Das Staatsdepartement hat der deutschen Botschaft mitgeteilt, daß Präsident Coolidge das Agreement für die Ernennung des Botschafters v. Brittwik zum Botschafter in Washington erteilt hat. (W. T. B.)

#### Die Deutschnationalen und Dr. v. Brittwik.

Bedenken, aber Abwarten seiner Beistimmung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 4. Nov. Wegen den neuen Botschafter in Washington Dr. v. Brittwik und Gaffron waren in einem Teil der Presse, insbesondere in einigen Berliner Nachrichten, Bedenken vorgebracht worden. Es war vor allem an Herrn v. Brittwik bemängelt worden, daß er als kaiserlicher Beamter sich nach dem Umsturz ziemlich schnell auf die „neue Zeit“ umgestellt habe. Diese Bedenken vermochten jedoch die maßgebenden Stellen nicht davon abzuhalten, an der Person des Herrn v. Brittwik festzuhalten. Dieses Festhalten habe, wie daraus von einigen Blättern weiter gemeldet wurde, bei der Deutschnationalen als auch bei der Zentrumspartei Verwirrung hervorgerufen. Da nun Herr v. Brittwik schon in kürzester Zeit seinen verantwortungsvollen Posten in Washington übernehmen wird, erscheint es angebracht, darauf etwas näher einzugehen.

Eine Klarlegung erscheint schon um deswillen notwendig, weil es im Auslande Mißtrauen gegen die Person des neuen Botschafters auslösen muß, wenn seine Ernennung ausgedehnte Pressepolemiken in seiner Heimat auslöst. Es haben tatsächlich sowohl persönliche wie auch sachliche Bedenken gegen die Ernennung des Herrn v. Brittwik bestanden, die vorzugsweise aus deutschnationalen Kreisen kamen. Selbstverständlich denkt man aber, wie uns von deutschnationaler Seite versichert wird, nicht daran, Herrn v. Brittwik nun, weil diese Bedenken von den dafür in Betracht kommenden Stellen nicht gestellt wurden, mit händlicher Ablehnung gegenüberzusetzen. Herr v. Brittwik habe es vielmehr vollkommen in der Hand, durch sein Auftreten und durch seine Leistungen zu zeigen, daß er während der Jahre, die er in Rom unter der Leitung eines so hervorragenden Diplomaten, wie des Botschafters v. Neurath verbrachte, über gewisse Mängel hinausgewachsen sei. Die führenden deutschnationalen Kreise identifizieren sich, was die Einstellung der deutschnationalen Partei gegenüber Herrn v. Brittwik anlangt, vollkommen mit den Ausführungen, die heute die „Deutsche Tageszeitung“ der Ernennung des neuen Botschafters widmet und in denen es heißt:

Nachdem die Ernennung des neuen Botschafters einmal erfolgt ist, halten wir es für richtig, auch eine berechtigt erscheinende Kritik an der politischen Einstellung oder der Persönlichkeit des Herrn v. Brittwik vorläufig zurückzustellen und ihm die Möglichkeit zu geben, durch sein praktisches Wirken in Washington die ihm von der einen Seite schon bereitwillig gestreuten Vorurteile zu beseitigen und nachträglich zu verdienen und die Bedenken, die auf der anderen Seite noch bestehen, zu zerstreuen. Die Verantwortung dafür, daß der neue Botschafter sich in vollem Umfang bewährt, belastet in besonderem Maße Herrn Dr. Stresemann, der die Ernennung dieses Diplomaten unter Ausnutzung vorhandener formaler Möglichkeiten, aber unter Nichtberücksichtigung der ihm bekannten Einwände in erster Linie veranlaßt

hat. Nach dem Umsturz in Deutschland hat der schnelle Anschluß des Herrn v. Brittwik, der damals dem Prinzen Max von Baden zugeteilt war, in die neuen Verhältnisse beizubringen. Auch wir bedenken oder entschuldigen dieses Verhalten natürlich nicht, dennoch halten wir es nicht für richtig, die Eignung des Herrn v. Brittwik für den Botschafterposten in Washington, heute, d. h. neun Jahre nach dem damaligen Ausnahmezustand, lediglich nach diesen Voraussetzungen beurteilen zu wollen. Es versteht sich nach all dem von selbst, daß wir Herrn v. Brittwik von vornherein volles Vertrauen schenken können, daß wir aber gleichwohl seine Tätigkeit ohne Vorurteil beurteilen werden und bereit sind, ihm volle Berechnung widerfahren zu lassen, falls er sich in Washington als fähiger und nationalgesinnter Diplomat erweist.

Aus diesen Darlegungen ist die Haltung der Deutschnationalen klar zu erkennen. Was nun das Zentrum an angeht, das nach den bisherigen Pressemeldungen über die Ernennung des Herrn v. Brittwik auch verstimmt gewesen sein sollte, so stellt heute die „Germania“ fest, daß „soweit das Zentrum in Frage kommt, von einer Verstimmung wegen der genannten Ernennung keine Rede ist“.

Jedenfalls läßt sich zusammenfassend feststellen, daß Herr v. Brittwik, der schon unter dem Grafen Bernstorff, dem letzten demokratischen Reichstagsabgeordneten, in Washington gearbeitet hat und, wie amerikanische Blätter anzudeuten wissen, ein enger persönlicher und politischer Freund des verstorbenen Reichsregenten v. Rathenau gewesen sein soll, seine neue Tätigkeit aufnimmt, ohne daß ihm, wie dies gewiß Vorkommnisse gar zu gern wahr haben möchten, Vorurteil und Uebelwollen entgegengebracht wird. In der Hoffnung und dem Wunsch, daß es ihm gelingen möge, in Washington viel für die Wiederherstellung der Freiheit seines Volkes tun zu können, sind sich alle politischen Kreise, denen das Schicksal ihres Volkes am Herzen liegt, einig.

#### Die Laufbahn des neuen Botschafters.

Dr. Friedrich Wilhelm von Brittwik und Gaffron steht erst im Alter von 44 Jahren; er ist am 1. September 1884 als ältester Sohn des Obersten Max von Brittwik und Gaffron in Stuttgart geboren. Er hat die typische Laufbahn des jungen Adligen der Vorkriegszeit zurückgelegt, war in Bonn bei den Vorlesungen aktiv und wurde Referendarius bei den ehemaligen Gardehufarreitern. Nach Beendigung seiner Studien wandte er sich der diplomatischen Laufbahn zu, die ihn unter anderem auch zur Botschaft in Washington führte, so daß er bereits die Verhältnisse, die er dort antreffen wird, aus eigener Anschauung kennt. Auch an der deutschen Botschaft in Petersburg war er einige Zeit tätig, um bei Ausbruch des Krieges eine Beschäftigung in der Reichskanzlei an hervorragender Stelle zu finden. Er war u. a. 1918 politischer Adjutant des damaligen Reichskanzlers Prinz Max von Baden. Nach dem Friedensschluß ging er im Jahre 1920 als deutscher Konsul nach Tientsin, und ein Jahr darauf wurde er als Botschafter an die deutsche Botschaft nach Rom versetzt. Er ist verheiratet mit einer Gräfin v. Strachwitz, die über ein bedeutendes Vermögen verfügt, so daß er auch die Mittel besitzt, die für den Posten eines deutschen Botschafters in Washington erforderlich sind. Die jetzige politische Stellung des neuen Botschafters, der angeblich ein Mitglied des „Klubbs vom 9. November“ gewesen ist, eines Klubs, der seit längerer Zeit nicht mehr besteht, ist unbekannt, da von Brittwik in den letzten Jahren politisch in keiner Weise mehr hervorgetreten ist, sondern sich lediglich seiner Arbeit gewidmet hat.

#### Die bürgerliche Niederlage bei den englischen Gemeindevahlen.

Die englischen Gemeindevahlen, bei denen immer ein Drittel der Gemeinderäte erneuert wird, haben diesmal weitgehende politische Bedeutung, weil sie als Stimmungsbarometer für die Parlamentswahlen gelten müssen. Die bürgerlichen Parteien hatten diesen Zusammenhang auch so stark empfunden, daß sie überall da, wo ihre Sache zweifelhaft stand, die Streitfrage untereinander begruben und zur Vermeidung der Stimmenzersplitterung sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigten; ein Verhalten, das auch in unserem deutschen Vaterlande dringend zur Nachahmung empfohlen werden muß. Die bürgerliche Wahlparole war der Kampf gegen die sozialistische kommunale Verwaltungs- und Steuerpolitik. Trotzdem haben sowohl Konservative wie Liberale einen beträchtlichen Verlust an Mandaten erlitten, während die Arbeiterpartei mit mindestens 96 Mandaten — der „Vorwärts“ nennt sogar die Zahl 124 — als reinem Gewinn, also nach Ausgleich der gewonnenen und verlorenen Mandate, durchs Ziel gegangen ist. Das bedeutet freilich noch keineswegs, daß nun die Sozialisten auch in entsprechendem Maße die Mehrheit in den Gemeindefollegien errungen hätten. Vielmehr ist der bürgerliche Einfluß auch jetzt noch so vorwiegend, daß die bürgerliche Mehrheit überall erhalten geblieben ist, wo sie bisher bestand, mit Ausnahme von zwei Städten, wo sie durch eine sozialistische Mehrheit abgelöst wurde. Gleichwohl bleibt von dem Ausfall der Wahlen ein genügend tiefer Eindruck zurück, um ein näheres Eingehen auf die Ursachen dieses plötzlichen Zurücktretens der Wahlentscheidung von rechts nach links zu rechtfertigen. Die Konservativen sind mit ihrer Nettoeinbuße von 68 Mandaten die Hauptleidtragenden, aber auch die Liberalen haben mit einem Verlust von 20 Mandaten schlecht abgeschnitten. Für die Konservativen ist die Niederlage besonders empfindlich im Vergleich mit dem kolossalen Aufstieg, den sie bei den letzten Parlamentswahlen von 1924 erzielten. Damals errangen sie 422 Mandate gegen 257 bei den 1923er Wahlen, während die Liberalen von 158 auf 40 Mandate zusammenschrumpften und der Restbestand der Arbeiterpartei von 198 auf 148 zurückging. Die Konservativen haben also bei den jetzigen Gemeindevahlen die Wahrheit des Dichtervortes an sich erfahren: „Verlah dich nicht auf Volksgunst, sie ist wie eine Wiege. Deut' rufst Hofanna sie und morgen Grundstücke.“ Die bürgerliche Presse ist großartig genna, um nicht den Versuch zu machen, die Bedeutung der Niederlage durch rechnerische Kunststücke zu verkleinern. Sie zeigt die Dinge, wie sie wirklich sind, und mahnt nur die bürgerlichen Kreise, sich durch diesen Mißerfolg nicht in der Energie für die Vorbereitung der Parlamentswahlen gemüßigt zu lassen. Auch wird vor der geplanten Ausdehnung des Wahlrechts auf die „Glappers“, „Waffische“ (gemeint sind weibliche Personen im Alter von 21 Jahren), gewarnt, mit der Begründung, daß durch diese Maßnahme ein entscheidender sozialistischer Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen herbeigeführt werden könnte.

Um zu verstehen, wie dieser Umschwung möglich war, muß man sich ins Gedächtnis rufen, worauf der konservative Nachzuwachs von 1924 beruhte. Zwei wesentliche Momente kamen in Betracht: die bürgerliche Abneigung gegen den Sozialismus, die durch das Arbeiterkabinett MacDonald verstärkt worden war, und die Unzufriedenheit mit der von demselben Kabinett betätigten russensfreundlichen Politik. Der Unwille über sozialistische Wirtschaftsexperimente trieb viele liberale Wähler damals in das konservative Lager, weil sie dort einen stärkeren Schutz gegen den Sozialismus als in der eigenen Partei zu finden hofften, insbesondere auch durch die Frontstellung gegen Rußland, auf dessen bolschewistische Wählerlei sie das Anwachsen des Sozialismus im eigenen Lande vornehmlich zurückführten. Diesen Erwartungen entsprach die Regierung Baldwin durch den Abbruch der Beziehungen zu Rußland und durch das Antireißegezet. Man hätte also eigentlich meinen sollen, daß die liberalen Wähler, die für die Konservativen gestimmt hatten, durch die genannten Maßnahmen befriedigt gewesen wären. Das war aber nur bedingungsweise der Fall. Das Antireißegezet ging ihren liberalen Grundbegriffen zu weit, und das Vorgehen gegen Rußland wurde in seiner Wirkung abgeschwächt durch die schwankende Haltung, die das Kabinett Baldwin später gegenüber der Sowjetregierung einnahm. Vor allem wurden jedoch diese Kreise verstimmt durch die Stellungnahme Baldwin in der Oberhausfrage. Der konservative Parteitag in Gladpool hatte sich trotz dem Widerstande, den die Vorlage

#### Massenvorbehalte für Ein- und Ausfuhrverbote in Geni.

Umkehrung der Genfer Konferenz für Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote.

Genf, 4. Nov. Die diplomatische Konferenz für die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote beschäftigte sich heute mit den Anträgen der Staaten, die einzelne Verbote aufrechtzuerhalten wünschen. Zum Antrag Rumäniens, daß ihm die Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Kohlenpetroleum gestattet wird, wurde eine Kompositionsmel angenommen, die der Erwartung Ausdruck gibt, daß Rumänien die Interessen der Nachbarstaaten berücksichtigt und daß das vorläufig bleibende Ausfuhrverbot aufgehoben wird, sobald die Umstände es gestatten.

Mit der japanischen Forderung auf Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Reis und Verschärfung der Einfuhr von Farbstoffen erklärte sich die Konferenz einverstanden unter dem Vorbehalt, daß die Einfuhrbeschränkung auf alle Staaten gleichmäßig angewandt wird.

Die tschecho-slowakische Delegation beantragte ihren Wunsch, Ein- und Ausfuhrverbote in großer Zahl, so auf Rohle, Metalle, Zuckerrüben, Automobile, Güte und Handwerker, anzurechnen, damit, daß die tschecho-slowakische

ein junges Land sei, dessen Industrie wirksam geschützt werden müsse.

Der Präsident der Konferenz, Colijn, bemerkte, man möchte glauben, die Delegationen seien nach Genf gekommen, um ein Abkommen über Ein- und Ausfuhrverbote abzuschließen und nicht, um für deren Abschaffung einzutreten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, gewisse Forderungen, die sich auf Rohle und Metalle beziehen, anzunehmen, worauf die tschecho-slowakische Delegation die übrigen Forderungen zur erneuten Prüfung durch die tschecho-slowakische Regierung zurückzog. (W. T. B.)

#### Die passive Resistenz in der Tschechei.

(Durch Funkdruck.)

Prag, 4. Nov. Das „Prager Tagblatt“ vom 5. November meldet über den Kampf der Eisenbahner: In der Nacht auf heute wurde in den Wagnhöfen der Kohlenreviere und den wichtigsten Rangierbahnhöfen in Arbeit streng nach den Vorschriften“ begonnen. Der Personenverkehr ist hieron vorläufig ausgenommen. Eine Verspätung in größerem Ausmaß wird von den Lokführern gemeldet. Die Personenzüge kommen teils richtig an, teils mit einer Verspätung bis zu 30 Minuten, doch erwartet man die Auswirkung der Vorgänge erst in der Nacht.